

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Zocken für die Rente](#)
2. [Bürgergeld statt Hartz IV](#)
3. [Mit der Goldenen Lohnregel gegen die Rezession](#)
4. [Ausstand bei Sana](#)
5. [Die wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit China](#)
6. [Mit Biden wird es nicht besser](#)
7. [Uniper: 40 Milliarden Euro bitte: Große Kasse mit Kriegsdividenden](#)
8. [Falscher Fokus auf Corona-Impfung? Deutschlands gefährlicher Vorsorgestau](#)
9. [Nahverkehr lahmgelegt](#)
10. [Schweigegeld statt Entschädigung \(II\)](#)
11. [Die afrikanischen Länder können sich nicht einfach an die Klimakrise „anpassen“](#)
12. [Die SPD: so jung, so frisch, so daneben](#)
13. [Ja, ich schaue die WM! Aus Überzeugung!](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Zocken für die Rente**

Die absurde Idee der "Aktienrente": Was (nicht nur) Bundesfinanzminister Lindner über Sparen und Investitionen in Sachanlagen, niedrige Zinsen und Renditen wissen müsste.

Nach der großen Finanzkrise der Jahre 2008/2009 waren für einen Moment alle klüger. Zocken, das wusste man nach den bösen Erfahrungen von damals, ist prinzipiell gefährlich. Besonders gefährlich ist es, wenn man nicht einmal mit dem eigenen Geld zockt, sondern sich verschuldet, um in den Kasinos dieser Welt sein

Glück zu versuchen.

Man nimmt also Schulden auf, für die man fest vereinbarte Zinsen zahlen muss, und hofft darauf, mit der dann zur Verfügung stehenden Summe so erfolgreich zu zocken, dass man nicht nur die Zinsen zahlen kann, sondern auch noch einen Gewinn macht, weil die erzielte Rendite den Zins übersteigt. Mit diesem wunderbaren Gewinn, so die Hoffnung, kann man dann in Ruhe seinen Lebensabend genießen.

Kann es noch etwas Absurderes geben? Nein, eigentlich nicht, es sei denn, diese Aktion wird nicht von einfältigen Privatleuten gemacht, sondern vom Staat. Doch genau das plant der Bundesfinanzminister. Er will wegen der demografischen Sorgen eine Aktienrente schaffen, deren Kapitalstock zunächst mit staatlichen Schulden gefüllt wird.

Später werden dann sicher auch die Bürger in irgendeiner Weise dazu gebracht, in diesen Fonds einzuzahlen, auf dass sich das ganze Volk langfristig und unabhängig von der Demografie eine wirklich stabile und sichere Rente zusammenzockt. [...]

Aber ich mache ja neue Schulden, um den Fonds anzustoßen, könnte Christian Lindner entgegenen. Das stimmt. Schulden zu machen, um zusätzlich zu sparen, ist aber leider gesamtwirtschaftlicher Unfug.

Selbst wenn der Finanzminister im nächsten Jahr zehn Milliarden Euro Schulden zusätzlich (im Vergleich zu was?) machen würde, ließe das nur darauf hinaus, dass er zehn Milliarden vom Kapitalmarkt nimmt und sie gleich dem Kapitalmarkt wieder zurückgibt. Was soll das? Zu glauben, dass man damit in dieser Welt eine nachhaltige Rendite via Aktien erzielen kann, ist absurd.

Der deutsche Finanzminister wird aber voraussichtlich keine zehn Milliarden Schulden zusätzlich machen. Er wird zwar die zehn Milliarden für den Aktienfonds am Kapitalmarkt aufnehmen, wird aber gleichzeitig, um die Schuldenbremse einzuhalten, an anderer Stelle die zehn Milliarden einsparen. Das ist dann besonders abwegig.

Es bedeutet nichts anderes, als dass er die Nachfrage nach Gütern und Diensten, die unmittelbar den Unternehmen zugutekommt, um zehn Milliarden kürzt in der Hoffnung, damit die Rendite der Unternehmen dieser Welt zu erhöhen.

Quelle: [Heiner Flassbeck auf Telepolis](#)

2. **Bürgergeld statt Hartz IV**

Die Ampelregierung will Hartz IV durch ein „Bürgergeld“ ersetzen. Sanktionen sollen künftig nicht mehr so schnell verhängt werden und höchstens 30 Prozent betragen. Die Schonvermögen sollen erhöht und der Schutz der eigenen Wohnung verbessert werden. Berufliche Weiterbildung soll stärker gefördert werden. Das ist gut, reicht aber nicht aus. Es sollte nur Arbeit zumutbar sein, die tariflich entlohnt und sozialversicherungspflichtig ist. Vermittlung sollte in erlernte Berufe oder vergleichbare Qualifikationen erfolgen.

Vor allem aber: Die geplante Erhöhung des Regelsatzes um 53 Euro auf 502 Euro reicht nicht aus. Sie ist im besten Fall ein Inflationsausgleich. ver.di und Sozialverbände fordern eine Erhöhung auf 650 Euro. So viel ist nötig, um Armut zu verhindern und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Unternehmerverbänden, CDU/CSU und AfD gehen dagegen schon die geplanten Regelungen zu weit. Sie wollen spalten und auch künftig möglichst starken Druck auf Erwerbslose ausüben, jeden noch so schlechten Job anzunehmen.

Dazu betreiben sie mit falschen Zahlen Stimmungsmache. Sie behaupten Leistungen, die die Erwerbslosen gar nicht bekommen und unterschlagen Ansprüche der gering bezahlten Beschäftigten auf Wohngeld und Kinderzuschlag. Richtig gerechnet, zeigt sich: Arbeit lohnt sich auf jeden Fall. Wir brauchen höhere Löhne, kein zu niedriges Bürgergeld!

Quelle: [ver.di Wirtschaftspolitik](#)

dazu: **Bürgergeld: Markus Söder droht mit Blockade des Bürgergelds im Bundesrat**

Die Union – allen voran CSU-Chef Markus Söder – will das von der Ampel beschlossene Bürgergeld im Bundesrat stoppen. Grund: Es benachteilige untere Einkommensgruppen.

Quelle: [Zeit Online](#)

***Anmerkung unseres Lesers J.A.:** Was Söder so populistisch daherredet, geht wirklich auf keine Kuhhaut. Zunächst einmal bedeutet die (geplante!) nominale Steigerung der Regelsätze höchstens einen Inflationsausgleich, ist eher zu niedrig dafür. Dann sind Armuts- und Niedriglöhner keineswegs benachteiligt durch das Bürgergeld – was wird denen denn weggenommen? Wenn Söder die Interessen der Niedriglöhner wirklich am Herzen lägen, wovon natürlich in Wahrheit keine Rede sein kann, dann könnte er sich für höhere Bruttolöhne und ein Ende des deutschen Lohndumpings der letzten 20-30 Jahre einsetzen; dann hätte er u. a. die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober 2022 nicht ablehnen, sondern als viel zu niedrig kritisieren und sich für einen höheren Mindestlohn einsetzen müssen. Dort, wo er als Regierungschef selber die Aufsicht hat, also z. B. bei den bayerischen Beamten und Angestellten, u. a. den von ihm erwähnten "Polizeimeister", kann er sogar direkt für höhere Einkommen sorgen, anstatt immer wieder die berechtigten Ansprüche der Gewerkschaften abzubügeln, um die wirklich Reichen und die Großunternehmen vor Steuererhöhungen schützen zu können. Traurig, dass Söders so offensichtliche Masche immer noch und immer wieder bei einem großen Teil des Publikums verfährt.*

3. Mit der Goldenen Lohnregel gegen die Rezession

Die EU-Volkswirtschaften leiden unter der Überlagerung multipler Krisen. Das macht die Frage nach der lohnpolitischen Gestaltungsmacht der Gewerkschaften als volkswirtschaftlichen Stabilitätsanker umso dringlicher. [...]

Klar ist, dass sich die Gewerkschaften nicht vom Krisenmodus der neoliberalen Hirngespinnste in der alarmistischen Gestalt von Preis-Lohn-Spiralen und Lohn-Preis-Spiralen anstecken lassen dürfen. Die Gewerkschaften haben außerhalb der organisierten Arbeitsmärkte keine Preissetzungsmacht, als Akteure auf den Arbeitsmärkten aber insofern, indem sie im offenen oder sublimierten Arbeitskampf ihre lohnpolitischen Ziele zur Sicherung eines produktivitätskonformen Einkommenszuwachses der Arbeitnehmer durchsetzen können.

Dorthin führt die Goldene Lohnregel als konstruktive Lohnleitlinie, die keine Abstriche von der Teuerungsabgeltung und der Produktivitätsbeteiligung in den effektiven Geldlöhnen (von den Tariflöhnen abgeleitete Istlöhne) zulässt. Auch nicht im aktuellen Fall einer externen Schockinflation, wo über den Mechanismus der Preiseskalation Volkseinkommen in die spekulativen Commoditymärkte oder an angebotsverknappende Unternehmen in den globalen Lieferketten abfließt.

Es ist Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik, diese Preise zu deckeln und im Jahresabstand (Inflationsrate) rasch unter Kontrolle zu bringen. Dem Staat - und dem geldsouveränen zumal - stehen eine Vielzahl von Instrumenten zur Verfügung, um externe Inflationsschocks von den produktiven Wirtschaftskreisläufen abzuwehren. Es kann daher nicht die Rolle der Gewerkschaften sein, das stabilitätspolitische Staatsversagen durch Lohnzurückhaltung und Inkaufnahme von Reallohnverlusten zu kompensieren, um durch die Dämpfung der effektiven Nachfrage den Weg in die Stabilisierungskrise zu ebnen, damit die hochspekulierten und gewinnträchtigen Preise endlich zu Lasten der Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer einem stabilen Trend folgen.

Quelle: [Makroskop](#)

4. **Ausstand bei Sana**

Klinikbeschäftigte streiken für höhere Löhne. Konzern bietet Nullrunde bis Anfang 2024 an.

Nach dem Willen des Unternehmens sollen die Entgelttabellen der rund 10.000 Beschäftigten im Sana-Konzerntarifvertrag, der auch im Klinikum Lichtenberg gilt, erst 2024 erhöht werden. Und auch dann nur um 100 Euro plus insgesamt vier Prozent. Damit hat Sana sein letztes Angebot sogar verschlechtert. Für 2022 und 2023 bietet das Unternehmen lediglich Einmalzahlungen an. Die wollte Sana - angeblich, um für Gleichbehandlung unter den Beschäftigten zu sorgen - mit dem staatlichen Bonus, den einige Pflegekräfte für die besondere Belastung in der Pandemie bekommen und andere nicht, verrechnen. Doch hier stellte sich heraus, »dass Sana

überhaupt nicht weiß, welche Beschäftigten welchen Pflegebonus bereits erhalten haben«, wie aus einer aktuellen Tarifinfo von Verdi an die Beschäftigten hervorgeht, die jW vorliegt. »Ein schlüssiges Konzept, wie mit den unterschiedlichen Zahlungen praktisch umgegangen werden soll, konnte Sana nicht vorlegen.« Es fehle an Wertschätzung. Deshalb würden viele, die hier beginnen, nach ein paar Wochen wieder kündigen. Und sie selbst? »Ich schaue erst einmal, was sich hier tut«, so eine der Krankenpflegehelferinnen. Ob sie meine, dass es woanders besser sei, wollte jW wissen: »Vielleicht an einer kleineren Einrichtung.«

Quelle: [junge Welt](#)

5. **Die wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit China**

Olaf Scholz China-Reise zeugt von einer Gratwanderung in einer neuen Welt jenseits der Selbstverständlichkeiten der Globalisierung. Wie anfällig ist die deutsche Wirtschaft im Falle einer geopolitischen Konfrontation zwischen China und dem Westen?

In den letzten zwanzig Jahren hat die deutsche Wirtschaft von der Globalisierung profitiert. Nun scheint diese Formel von vielen Seiten unter Druck zu geraten. Enge Handels- und Investitionsbeziehungen mit China sind - nach russischem Gas - eine weitere Komponente des "deutschen Modells", die durch die gegenwärtige Polykrise in Frage gestellt wird.

Berlin hält nach wie vor an dem Mantra der EU fest, dass China zwar ein Systemrivale, aber auch ein klassischer wirtschaftlicher Konkurrent und in zentralen Fragen wie Klima und globaler Pandemien ein unverzichtbarer Partner ist. Bundeskanzler Olaf Scholz ist in den letzten Tagen mit der ausdrücklichen Botschaft nach Peking gereist, dass Deutschland ungeachtet des aktuellen politischen Klimas nicht an einer Abkopplung von China interessiert ist. Berlins Ziel ist es, gefährliche Abhängigkeiten zu vermeiden und auf Gegenseitigkeit zu setzen. Dabei will Scholz mit "Augenmaß und Pragmatismus" vorgehen, was kaum der Stimmung entspricht, die derzeit in Washington DC herrscht. Alles deutet darauf hin, dass Berlin weiterhin eine Gratwanderung vollziehen will.

Quelle: [Makroskop](#)

6. **Mit Biden wird es nicht besser**

Die "rote Welle" ist ausgeblieben, Donald Trump ist geschwächt: In Brüssel wurde das Ergebnis der Midterm-Wahlen in den USA mit Erleichterung aufgenommen. Doch die EUropäer sollten sich nicht zu früh freuen. Die besten Zeiten mit Präsident Joe Biden sind vorbei.

Selbst wenn Biden nicht mit großem Gegenwind aus dem Kongress rechnen muss - was abzuwarten bleibt, bisher sieht es eher nach einem Patt aus - wird der transatlantische "Honeymoon" nicht weitergehen. Im Gegenteil: Für die EU wird es

ernst.

Besonders deutlich ist dies in der Handelspolitik: Biden ist wie sein Amtsvorgänger Trump auf einen protektionistischen Kurs geschwenkt. Mit seinem „Inflation Reduction Act“ könnte er einen transatlantischen Handelskrieg vom Zaun brechen. Es gilt aber auch für die Energiepolitik: Die EU hat sich zwar aus der Abhängigkeit von Russland gelöst – dafür hängt sie nun am Tropf der USA. Doch die LNG-Lieferungen werden nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken, wie sogar Brüssel warnt.

Auch der Wirtschaftskrieg, den die EU am Rockzipfel der USA gegen Russland angezettelt haben, erweist sich als Bumerang. Die USA sind die größten Gewinner, die EU zählt zu den Verlierern. Die nahende Rezession wird zur Zerreißprobe.

Derweil wird der Krieg in der Ukraine noch gefährlicher.

Quelle: [Lost in Europe](#)

7. **Uniper: 40 Milliarden Euro bitte: Große Kasse mit Kriegsdividenden**

Während die Menschen in Deutschland und anderen Staaten, die von ihren Regierungen gegen Russland in den Wirtschaftskrieg gezogen wurden, auf allen Kanälen für einen Winter des Verzichts und des Frierens gefügig gemacht werden sollen, stopfen sich die Konzerne des Wertewestens mit der Kriegsdividende die Taschen voll. (...) Unter dem Vorwand, die NATO müsse „Putin“ bekämpfen, wird nicht nur die Ukraine zur Speerspitze gegen Russland aufgerüstet, sondern gleichzeitig werden alle Verbindungswege für russisches Gas und Öl, mit denen dieses Land bisher vor allem Westeuropa mit günstiger Energie versorgt hatte, im wahrsten Sinne des Wortes in die Luft gesprengt. Die daraufhin explodierenden Energiepreise lenken die Gas- und Ölkonzerne als Gewinne auf ihre eigenen Konten. Getoppt wird dieses Geschäftsmodell nur noch von der Raffinesse, mit der zurzeit der deutsche Energiedoppelkonzern E.ON/Uniper dem deutschen Volk die Taschen plündert. Anfang November präsentierte der Energieversorger Uniper, dessen Verstaatlichung die Bundesregierung bereits in die Wege geleitet hatte, seine Rechnung: Es sei inzwischen ein Fehlbetrag von 40 Milliarden Euro aufgelaufen, für den nun die deutschen Steuerzahler aufkommen sollen, also auch alle diejenigen, die zum Beispiel gegenwärtig durch inflationsbedingt erhöhte Mehrwert- oder Mineralölsteuern zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Für die zweite Dezemberhälfte ist eine außerordentliche Hauptversammlung der Aktionäre vorgesehen, die den Weg für diese teuerste Verstaatlichung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland frei machen soll.

Dieser Konzern wird beispielsweise Hauptprofiteur der mit öffentlichen Mitteln demnächst aufzubauenden Infrastruktur für das Betanken von Elektromobilen der Marken Tesla und anderer werden. Zur Reinhaltung der grünen Weste wurden alle

fossilen Energiesektoren einschließlich der Kernenergie in die ausgegründete „Uniper“ verlagert. (...) Die Aktionäre des Konzerns E.ON/Uniper kassieren jetzt doppelt: Unterstützung für alle grün getünchten Energieträger und obendrein 40 Milliarden Verlustübernahme für die fossilen Energieträger. Da könnten sich selbst US-amerikanische Ölkonzerne noch eine Scheibe abschneiden.

Quelle: [Manfred Sohn in unsere zeit](#)

- 8. Falscher Fokus auf Corona-Impfung? Deutschlands gefährlicher Vorsorgestau**
Millionen Deutsche sind während der Corona-Pandemie seltener zur medizinischen Vorsorge gegangen als zuvor. Eine Umfrage lässt erahnen, wie groß der Rückstand bei der Früherkennung ist. Gesundheitspolitiker warnen vor den Folgen und fordern radikales Umdenken.

Die Corona-Pandemie hat Ärzte erfinderisch werden lassen. Sie gaben Rezepte wie bei einem Schnellimbiss durchs offene Fenster aus oder nutzten Bierzelte vor der Praxis als zusätzliche Wartezimmer. Schließlich mussten die Mediziner nicht nur gegen die Krankheiten ihrer Patienten ankämpfen - sondern auch gegen deren Angst vor einer Corona-Ansteckung. Dennoch konnten sie nicht alle überzeugen. Die Deutschen haben im Laufe der Pandemie Millionen Termine abgesagt oder erst gar nicht vereinbart. Die Folge ist ein Rückstand bei der Früherkennung. Mehr als jeder vierte Deutsche (28 Prozent) hat während der Pandemie weniger Vorsorgeuntersuchungen als in den Jahren zuvor oder als ursprünglich geplant wahrgenommen.

Quelle: [Welt Online](#)

- 9. Nahverkehr lahmgelegt**

Streik in Frankreichs Großstädten: Proteste gegen Personalmangel, Reallohnverluste und Kriegstreiberei.

In den meisten Großstädten Frankreichs fuhren am Donnerstag nur Taxis und Privatfahrzeuge. Die Pariser Verkehrsbetriebe RATP wurden lahmgelegt. In allen Landesteilen standen Metros, Busse und Nahverkehrszüge still. Der Arbeitskampf richtete sich einmal mehr gegen den chronischen Personalmangel, Reallohnverluste und sich stetig verschlechternde Arbeitsbedingungen. Einen Tag vor dem in Frankreich alljährlich gefeierten Waffenstillstand vom 11. November 1918, der den Ersten Weltkrieg beendete, erinnerten die Gewerkschaften auch an die Pflicht der europäischen Regierungen, den Frieden auf dem Kontinent zu erhalten. Zum berufsübergreifenden, landesweiten Ausstand hatten alle größeren Gewerkschaften gemeinsam aufgerufen - dem Appell folgten am Morgen Hunderttausende Lohnabhängige und Funktionäre. Der Streiktag stand auch im Zeichen des 11. November, einem der wichtigsten Erinnerungstage des Landes. (...) Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen in den Verkehrsbetrieben - aber auch in den öffentlichen Krankenhäusern, den Schulen und Universitäten - drohen in

diesen Tagen auch in Frankreich vom neuerlichen, europaweiten Kriegsgeschrei übertönt zu werden. Vor allem die ehemals kommunistische Gewerkschaft CGT erinnerte an den ungeheueren Blutzoll, den Lohnabhängige aller Länder während der »Grande Guerre« zu zahlen hatten. (...) Ein weiteres Motiv für den Streik und die Proteste in den Straßen am Donnerstag war die von Staatschef Emmanuel Macron und seiner Ministerpräsidentin Élisabeth Borne für das kommende Jahr geplante »Reform« des Rentengesetzes.

Quelle: [junge Welt](#)

10. **Schweigegeld statt Entschädigung (II)**

Organisationen der Herero und Nama bereiten in Namibia eine Klage gegen eine Vereinbarung zwischen Berlin und Windhoek zur Beilegung des Streits um Entschädigung für den Genozid in den Jahren 1904 bis 1908 vor. Die sogenannte Versöhnungsvereinbarung ist im Mai 2021 von den Regierungen beider Länder paraphiert, aber von der namibischen Seite nie unterzeichnet worden. Ursache ist der heftige Protest von Nachfahren der Opfer. Diese bestehen zum einen darauf, dass Berlin den Genozid uneingeschränkt anerkennt. Dies ist bis heute nicht der Fall: Die Bundesregierung will nicht einmal die Genfer Konvention von 1864 oder die Haager Landkriegsordnung von 1899 anwenden – unter anderem, weil diese nach damaliger Rechtsauffassung nur für „zivilisierte“ Bevölkerungen gegolten hätten, nicht hingegen für Einwohner afrikanischer Kolonien. Zum anderen bestehen die Organisationen der Herero und Nama darauf, förmlich Entschädigungen für den Genozid zu erhalten. Die Bundesrepublik ist nur zu einer freiwilligen Zahlung in etwa in Höhe der üblichen Entwicklungshilfe bereit. Die „Versöhnungsvereinbarung“ soll nun in Namibia vor Gericht überprüft werden.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

11. **Die afrikanischen Länder können sich nicht einfach an die Klimakrise „anpassen“**

Die ugandische Klimaaktivistin Vanessa Nakate erlebt tagtäglich die verheerenden Auswirkungen der Klimakrise auf ihre Heimat. Sie fordert: Die Verursacher müssen für den Schaden zahlen [...]

Der gesamte afrikanische Kontinent ist für weniger als vier Prozent der historischen globalen Emissionen verantwortlich, doch die Menschen in Afrika tragen die Hauptlast der Klimakrise. Unsere Gesellschaften, unsere Volkswirtschaften und vor allem unsere Menschen erleiden tiefgreifende Schäden. Die gleiche Ungerechtigkeit trifft auch andere einkommensschwache Teile der Welt: In Pakistan wurde Anfang des Jahres ein Drittel des gesamten Landes durch extreme Überschwemmungen überflutet, wobei mehr als 1.700 Menschen ums Leben kamen. Die Weltbank schätzt den wirtschaftlichen Gesamtschaden in Pakistan auf über 30 Milliarden Dollar; der

Wiederaufbau wird weitere 16 Milliarden Dollar kosten.

Pakistan hat nur 0,3 Prozent der weltweiten Emissionen verursacht, muss aber wie Kenia und Somalia buchstäblich für die von anderen Ländern freigesetzten Treibhausgase bezahlen. Hinzu kommt, dass diese Länder nicht die Mittel haben, um für die Schäden, die ihnen zugefügt werden, aufzukommen. Als Deutschland im Jahr 2021 von schrecklichen Überschwemmungen heimgesucht wurde, konnte die Regierung sofort 30 Milliarden Euro mobilisieren, um den Wiederaufbau der von der Flut zerstörten Städte und Infrastrukturen zu bezahlen. Pakistan hingegen musste sich auf einen UN-Notruf verlassen, der nur zu 34 Prozent finanziert ist. Mosambik war gezwungen, ein IWF-Darlehen aufzunehmen, um den Wiederaufbau nach dem Zyklon Idai im Jahr 2019 zu finanzieren, was das Land weiter in die Schuldenfalle trieb. Das Erbe der kolonialen Ausbeutung und Ausplünderung durch reiche Länder hat dazu geführt, dass Länder wie Pakistan, Kenia und Mosambik nicht genügend Ressourcen haben, um mit dem extremen Klimawandel fertig zu werden.

Quelle: [der Freitag](#)

12. **Die SPD: so jung, so frisch, so daneben**

Heute, am 11.11. 11 Uhr 11, beginnt die närrische Zeit. Schon ein paar Tage früher ließ mein Partei-Generalsekretär den Jecken raus und schickte auch mir eine Email. Im Betreff stand: „Damit morgen ein guter Tag wird“. Wenn meine Partei mir verspricht, dass morgen ein guter Tag wird, bin ich ganz Ohr.

Dann aber dachte ich, dass jeder morgen einen guten Tag haben sollte, auch und gerade heute. Deshalb entschloss ich mich, die schönsten und wichtigsten Parteierkenntnisse, die mir mein General zuschickte, mit möglichst vielen zu teilen. So werde ich bestimmt die allermeisten neuen Mitglieder werben, gewinne die vom General verkündete „Challenge“ und viele gute morgige Tage.

Bekanntlich sind wir in der Zeit nach der „Zeitenwende“, und das führt dazu, dass am „Debattenkonvent“ „Speaker*innen“ teilnahmen.

Das rieb mir die großartigen Möglichkeiten des Parteizeitalters der Anglizismen (und weiterer Weltsprachen) direkt unter die Nase. Mein Kopf wurde regelrecht durchflutet von den vielen möglichen Bildern, Szenen und Gefühlen, die aus gendersensibler Mehrsprachigkeit entstehen könnten.

Doch dann fielen mir die Franzosen ein mit ihrer Manie, alles zu übersetzen und scharf nach Geschlechtern zu unterscheiden. Kein Wunder, dass „le couple“ sich so fetzt. Aber „vielleicht gibt es ja noch ein Uns, etwas, woran man anknüpfen könnte, ein weiteres Rendez-vous, eine Geschichte, die wir gemeinsam erfinden...?“

Quelle: [Petra Erler](#)

13. **Ja, ich schaue die WM! Aus Überzeugung!**

Der Proteststurm gegen die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar kommt nicht nur Jahre

zu spät, er pfeift auch völlig am Thema vorbei. Letztlich ist er nichts anderes als ein Zeichen westlicher Verunsicherung.

Am 20. November 2022 beginnt die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar. Natürlich wird sie, wie immer, flächendeckend im Fernsehen übertragen, natürlich auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Gleichzeitig wird den Menschen, die sich dafür interessieren, die Frage gestellt, ob sie das Wüsten-Spektakel nicht vielleicht doch lieber nicht schauen sollten. Es ist ein groteskes Schauspiel. Die Medien verhalten sich, als genössen sie ihre vermeintliche Machtposition: Sie bieten dem Fußballvolk moralisch-verwerfliche Ware an und wollen es gleichzeitig darüber belehren, wie schändlich es sei, ein so blutbeflecktes Turnier überhaupt ansehen zu wollen. Sie agieren wie Drogenhändler, die ihren Stoff mit Beipackzettel verticken und mit erhobenen Zeigefingern über Risiken und Nebenwirkungen aufklären.

Die öffentliche Erregung über das Fußballturnier hat einen Pegel erreicht, in dem der Sport endgültig zum Nebengeräusch einer moralingetränkten Dauer-Gerichtsverhandlung zu verkommen droht.

Quelle: [Cicero](#)